

Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 13/2023

10. Juli 2023

Inhaltsverzeichnis

Gesetz zur Änderung des Sächsischen Beamtengesetzes und weiterer dienstrechtlicher Vorschriften vom 16. Juni 2023	418	Dritte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der Sächsischen Ganztagsangebotsverordnung vom 19. Juni 2023	429
Zweite Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Änderung der Ordnungswidrigkeiten-Zuständigkeitsverordnung vom 6. Juni 2023	420	Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus über die Festsetzung von Zulassungszahlen an den Universitäten und Fachhochschulen – Hochschulen für angewandte Wissenschaften im Studienjahr 2023/2024 (Sächsische Zulassungszahlenverordnung 2023/2024 – SächsZZVO 2023/2024) vom 14. Juni 2023	430
Dreiundzwanzigste Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung zur Änderung der Sächsischen E-Justizverordnung vom 6. Juni 2023	422	Fünfte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus zur Änderung der Sächsischen Studienplatzvergabeverordnung vom 26. Juni 2023	439
Achte Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Änderung der Zuständigkeitsübertragungsverordnung Justiz vom 18. Juni 2023	424	Dritte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Änderung der Sächsischen Schifffahrtsverordnung vom 13. Juni 2023	441
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über ergänzende Zuweisungen zur Ausstattung der Lehrkräfte mit mobilen Endgeräten zum dienstlichen Gebrauch (Lehrkräfte-Endgeräte-Ergänzungs-Förderverordnung – LehrkräfteEndErgänzFöVO) vom 15. Juni 2023	425	Fünfte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Änderung der Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellenförderverordnung vom 8. Juni 2023	442
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zu Änderungen der Klassenbildung vom 15. Juni 2023	427		
Erste Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der Sächsischen Lernmittelverordnung vom 15. Juni 2023	428		

Gesetz zur Änderung des Sächsischen Beamtengesetzes und weiterer dienstrechtlicher Vorschriften

Vom 16. Juni 2023

Der Sächsische Landtag hat am 31. Mai 2023 das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1 Änderung des Sächsischen Beamtengesetzes

Das Sächsische Beamtengesetz vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970, 971), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 31. Mai 2023 (SächsGVBl. S. 329) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 77 wie folgt gefasst:
„§ 77 Mutterschutz und Elternzeit“.
2. § 7 Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach Nummer 1 wird folgende Nummer 2 eingefügt:
„2. politische Beamte nach § 57,“.
 - b) Die bisherigen Nummern 2 bis 4 werden die Nummern 3 bis 5.

3. § 8 Absatz 6 Satz 2 wird wie folgt gefasst:
„§ 27 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 und 3 findet keine Anwendung, wenn einem Beamten auf Lebenszeit während der Probezeit nach Absatz 1 ein höherwertigeres Amt auf Probe nach dieser Vorschrift übertragen wird.“

4. § 11 wird wie folgt gefasst:
„§ 11
Stellenausschreibungen

Zu besetzende Stellen sind grundsätzlich auszu-schreiben. Vor Einstellungen sind die Bewerberinnen und Bewerber durch öffentliche Ausschreibung zu ermitteln. Ausnahmen von den Sätzen 1 und 2 bestimmen die Staatsregierung für ihren Zuständigkeitsbereich und im Übrigen die obersten Dienstbehörden im Einzelfall, wenn dies aus personalwirtschaftlichen Gründen im überwiegenden dienstlichen Interesse liegt.“

5. Dem § 21 wird folgender Absatz angefügt:
„(5) Die Absätze 2 bis 4 finden auf politische Beamte nach § 57 keine Anwendung.“
6. § 24 Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach Nummer 3 wird folgende Nummer 4 eingefügt:
„4. Angebot und Möglichkeit wechselseitiger Rückmeldung und Austausches über die Zusammenarbeit und Führung,“
 - b) Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 5.
 - c) Die bisherige Nummer 5 wird Nummer 6 und wie folgt gefasst:
„6. ein die Fähigkeiten und Kenntnisse erweitern-der regelmäßiger Wechsel der Verwendung, insbesondere auch durch Tätigkeiten bei einer anderen kommunalen oder staatlichen Behörde oder Dienststelle, bei einer öffentlichen Einrichtung ohne Dienstherreneigenschaft oder bei einer internationalen Organisation wie der Europäischen Union.“

7. Dem § 27 wird folgender Absatz angefügt:
„(8) Absatz 4 und Absatz 5 Satz 1 finden auf politische Beamte nach § 57 keine Anwendung.“

8. § 52 Absatz 5 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach den Wörtern „Dienstunfähigkeit an“ werden die Wörter „den nach der Feststellung eines Amtsarztes, Polizeiarztes oder anderen beamteten Arztes“ eingefügt.
 - b) Folgender Satz wird angefügt:
„Der Dienstherr hat, sofern keine anderen Ansprüche des Beamten oder der Beamtin auf Kostenübernahme bestehen, die Kosten dafür zu tragen.“

9. Die Überschrift von § 77 wird wie folgt gefasst:
„§ 77
Mutterschutz und Elternzeit“.

10. In § 90 Absatz 2 werden die Wörter „Sächsischen Besoldungsgesetz“ durch die Wörter „Sächsischen Beamtenversorgungsgesetz“ ersetzt.

11. In § 96 Absatz 1 Nummer 3 wird das Wort „krankheitsbedingte“ gestrichen.

12. § 121 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „zehn ordentlichen und zehn stellvertretenden Mitgliedern“ durch die Wörter „13 ordentlichen und 13 stellvertretenden Mitgliedern“ ersetzt.
 - b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 2 werden die Wörter „Vier ordentliche und vier stellvertretende Mitglieder“ durch die Wörter „Fünf ordentliche und fünf stellvertretende Mitglieder“ ersetzt.
 - bb) In Satz 3 werden die Wörter „drei ordentliche und drei stellvertretende Mitglieder“ durch die Wörter „vier ordentliche und vier stellvertretende Mitglieder“ ersetzt.

13. Dem § 124 Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:
„In den Fällen des Satzes 1 und Absatz 1 Nummer 5 nehmen die Staatsministerien zu den Vorschlägen schriftlich Stellung.“

14. Dem § 127 Satz 1 wird folgender Satz vorangestellt:
„Bei der Staatskanzlei wird eine Geschäftsstelle eingerichtet, die den Landespersonalausschuss bei der Durchführung seiner Aufgaben unterstützt.“

Artikel 2 Änderung des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches

Nach § 8 des Sächsischen Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches vom 6. Juni 2002 (SächsGVBl. S. 168, 169), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom

20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 743) geändert worden ist, wird folgender § 8a eingefügt:

**„§ 8a
Dienstherrnfähigkeit der Unfallkasse Sachsen**

Die Unfallkasse Sachsen besitzt Dienstherrnfähigkeit im Sinne des § 2 des Beamtenstatusgesetzes vom 17. Juni 2008 (BGBl. I S. 1010), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28. Juni 2021 (BGBl. I S. 2250) geändert worden ist.“

**Artikel 3
Änderung des Sächsischen Besoldungsgesetzes**

Das Sächsische Besoldungsgesetz vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970, 1005), das zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 31. Mai 2023 (SächsGVBl. S. 329) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Anlage 1 Ziffer I Besoldungsgruppe A 16 werden vor den Wörtern „Kanzler einer Fachhochschule“ die Wörter „Direktor der Unfallkasse Sachsen“, ein Zeilenumbruch, die Wörter „– als stellvertretender Geschäftsführer –“ und ein weiterer Zeilenumbruch eingefügt.
2. In Anlage 2 Besoldungsgruppe B 3 werden nach den Wörtern „Direktor des Kommunalen Versorgungsverbands Sachsen“ ein Zeilenumbruch, die Wörter „Erster Direktor der Unfallkasse Sachsen“, ein weiterer Zeilenumbruch und die Wörter „– als Geschäftsführer –“ eingefügt.

**Artikel 4
Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Satzes 2 am Tag nach der Verkündung in Kraft. Artikel 2 dieses Gesetzes tritt am 1. Januar 2023 in Kraft.

Dresden, den 16. Juni 2023

Der Landtagspräsident
Dr. Matthias Rößler

Der Ministerpräsident
Michael Kretschmer

Der Staatsminister des Innern
Armin Schuster

Der Staatsminister der Finanzen
Hartmut Vorjohann

Die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Petra Köpping

Zweite Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Änderung der Ordnungswidrigkeiten-Zuständigkeitsverordnung

Vom 6. Juni 2023

Auf Grund des § 36 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602) verordnet die Staatsregierung:

Artikel 1 Änderung der Ordnungswidrigkeiten- Zuständigkeitsverordnung

Die Ordnungswidrigkeiten-Zuständigkeitsverordnung vom 16. Juni 2014 (SächsGVBl. S. 342), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 11. April 2022 (SächsGVBl. S. 285) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 3 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 werden vor dem Wort „Einwohnern“ die Wörter „Einwohnerinnen und“ eingefügt.
 - b) In Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 werden vor dem Wort „Einwohnern“ die Wörter „Einwohnerinnen und“ eingefügt.
 - c) In Absatz 4 Satz 1 werden vor dem Wort „Einwohnern“ die Wörter „Einwohnerinnen und“ eingefügt.
2. § 4 wird wie folgt geändert:
 - a) Nummer 5 wird wie folgt gefasst:

„5. dem Arzneimittelgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3394), das zuletzt durch Artikel 8c des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2793) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, soweit sie für den Vollzug der verletzten Vorschrift zuständig ist.“
 - b) Nummer 6 wird wie folgt gefasst:

„6. dem Heilmittelwerbegegesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Oktober 1994 (BGBl. I S. 3068), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. Juli 2022 (BGBl. I S. 1082) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung.“
 - c) Nummer 18 wird wie folgt gefasst:

„18. § 32 Absatz 1 und 2 Nummer 1 und 2 in Verbindung mit § 8 Absatz 2 Satz 1 Nummer 6 des Transfusionsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. August 2007 (BGBl. I S. 2169), das zuletzt durch Artikel 1a des Gesetzes vom 11. Mai 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 123) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung.“
 - d) Nummer 19 wird wie folgt gefasst:

„19. dem Apothekengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 1980 (BGBl. I S. 1993), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2560) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen.“
 - e) Nummer 26 wird wie folgt gefasst:

„26. dem Tiergesundheitsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2018 (BGBl. I S. 1938), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2852) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, soweit sie für den Vollzug der verletzten Vorschrift zuständig ist.“
 - f) Die Nummern 27 bis 30 werden wie folgt gefasst:

„27. dem Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz vom 25. Januar 2004 (BGBl. I S. 82), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 18 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2752) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, soweit sie für den Vollzug der verletzten Vorschrift zuständig ist,

28. dem Tierschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Mai 2006 (BGBl. I S. 1206, 1313), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 20 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2752) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, soweit sie für den Vollzug der verletzten Vorschrift zuständig ist,

29. § 94 des Medizinprodukte-Durchführungsgesetzes vom 28. April 2020 (BGBl. I S. 960), das zuletzt durch Artikel 3f des Gesetzes vom 28. Juni 2022 (BGBl. I S. 938) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, soweit nicht nach § 9 Nummer 3 der Staatsbetrieb für Mess- und Eichwesen zuständig ist,

30. § 20 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 und Nummer 4 bis 11 sowie Absatz 2 des Transplantationsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. September 2007 (BGBl. I S. 2206), das zuletzt durch Artikel 15d des Gesetzes vom 11. Juli 2021 (BGBl. I S. 2754) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen.“
 - g) In Nummer 37 werden die Wörter „in der jeweils geltenden Fassung, und“ durch die Wörter „in der jeweils geltenden Fassung,“ ersetzt.
 - h) Nummer 38 wird wie folgt gefasst:

„38. § 26 des Gendiagnostikgesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2529, 3672), das zuletzt durch Artikel 15 Absatz 4 des Gesetzes vom 4. Mai 2021 (BGBl. I S. 882) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, sowie“.
 - i) Folgende Nummer 39 wird angefügt:

„39. dem Tierarzneimittelgesetz vom 27. September 2021 (BGBl. I S. 4530), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2852) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen.“

gen, soweit sie für den Vollzug der verletzten Vorschrift zuständig ist,“.

3. § 9 wird wie folgt gefasst:

„§ 9
Zuständigkeiten
des Staatsbetriebes für Mess- und Eichwesen

Der Staatsbetrieb für Mess- und Eichwesen ist zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach

1. dem Mess- und Eichgesetz vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2722, 2723), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 9. Juni 2021 (BGBl. I S. 1663) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen,
2. dem Einheiten- und Zeitgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 1985 (BGBl. I S. 408), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 65 des Gesetzes vom 18. Juli 2016 (BGBl. I S. 1666) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, sowie

3. § 94 des Medizinprodukte-Durchführungsgesetzes und § 17 der Medizinprodukte-Betreiberverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. August 2002 (BGBl. I S. 3396), die zuletzt durch Artikel 7 der Verordnung vom 21. April 2021 (BGBl. I S. 833) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, soweit er für den Vollzug der verletzten Vorschriften zuständig ist.“

4. § 15 wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift werden vor dem Wort „des“ die Wörter „der oder“ eingefügt.
- b) Im Einleitungssatz wird das Wort „Der“ durch die Wörter „Die oder der“ ersetzt.
- c) In Nummer 5 werden vor dem Wort „der“ die Wörter „die oder“ eingefügt.

Artikel 2
Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Dresden, den 6. Juni 2023

Der Ministerpräsident
Michael Kretschmer

Die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Petra Köpping

Dreiundzwanzigste Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung zur Änderung der Sächsischen E-Justizverordnung

Vom 6. Juni 2023

Auf Grund

- des § 32 Absatz 1 Satz 2 und 3 sowie Absatz 2 Satz 1 der Strafprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074, 1319), der durch Artikel 1 Nummer 2 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) eingefügt worden ist, in Verbindung mit § 1 Nummer 14 der Zuständigkeitsübertragungsverordnung Justiz in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Oktober 2014 (SächsGVBl. S. 673), der zuletzt durch Artikel 1 Nummer 3 der Verordnung vom 28. Mai 2018 (SächsGVBl. S. 410) geändert worden ist,
 - des § 110a Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), der durch Artikel 8 Nummer 13 des Gesetzes vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) eingefügt worden ist, in Verbindung mit § 1 Nummer 34 der Zuständigkeitsübertragungsverordnung Justiz in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Oktober 2014 (SächsGVBl. S. 673), der durch Artikel 1 Nummer 6 der Verordnung vom 28. Mai 2018 (SächsGVBl. S. 410) neu gefasst worden ist,
- verordnet das Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung:

Artikel 1

Änderung der Sächsischen E-Justizverordnung

Die Sächsische E-Justizverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. April 2014 (SächsGVBl. S. 291), die zuletzt durch die Verordnung vom 16. Mai 2023 (SächsGVBl. Seite 283) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 1 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
„(1) Die Vorschriften dieses Abschnitts gelten für die Übermittlung elektronischer Dokumente an die sächsischen Gerichte sowie die Bearbeitung elektronischer Dokumente durch diese Gerichte, soweit dafür nicht die Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung vom 24. November 2017 (BGBl. I S. 3803), die zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 5. Oktober 2021 (BGBl. I S. 4607) geändert worden ist, oder die Dokumentenerstellungs- und -übermittlungsverordnung vom 28. Februar 2020 (BGBl. I S. 244), die durch Artikel 10 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2099) geändert worden ist, in den jeweils geltenden Fassungen, gilt.“
2. In § 5 Absatz 1 Satz 1 wird nach den Wörtern „Anlage 1 bezeichneten Gerichten“ die Wörter „und Staatsanwaltschaften“ eingefügt.
3. Nach § 5 wird folgender § 5a eingefügt:
 „§ 5a
 Elektronische Aktenführung in
 Straf- und Bußgeldsachen

 (1) Von der Verpflichtung zur elektronischen Aktenführung nach § 5 Absatz 1 Satz 1 kann in Strafsachen abgewichen werden, wenn dies zur Vermeidung poten-

tieller Medienbrüche oder aus einem sonstigen wichtigen Grund erforderlich ist. Dabei ist zu berücksichtigen, dass nach Möglichkeit elektronische Verfahrensakte geführt werden sollen. Die Entscheidung ist aktenkundig zu machen. In den Fällen von Satz 1 wird insgesamt von der elektronischen Aktenführung auf eine Aktenführung in Papierform gewechselt.

(2) Ein wichtiger Grund im Sinne von Absatz 1 Satz 1 ist insbesondere dann gegeben, wenn Verfahren innerhalb der Staatsanwaltschaft infolge Umtragung beziehungsweise Abtrennungen in einem Dezernat fortgeführt werden, das Verfahren noch nicht elektronisch führt, oder wenn nach Erhebung der öffentlichen Klage, der Stellung des Antrags auf Durchführung eines objektiven oder beschleunigten Verfahrens, einer Berufungsvorlage, einer Revisionsvorlage oder einer Vorlage gemäß den §§ 209 Absatz 2 und 225a Absatz 1 sowie § 270 Absatz 1 der Strafprozessordnung das dann zuständige Gericht keine elektronische Verfahrensakte für den Verfahrensgegenstand führt.

(3) Ist die Vorlage einer elektronischen Verfahrensakte oder eines Teils hiervon an ein Gericht, eine Staatsanwaltschaft, den ermittelungsrichterlichen Bereitschaftsdienst oder an eine sonstige Stelle, die keine elektronische Verfahrensakte führt, erforderlich und kann dem Fortgang des Verfahrens unter Beibehaltung der Führung einer elektronischen Verfahrensakte durch Übersendung eines vollständigen Aktenauszugs hinreichend Rechnung getragen werden, so sind nach Vorlage entstandene Papierdokumente abweichend von § 7 Absatz 1 Satz 2 im Wege des ersetzenden Scannens zu digitalisieren und der elektronischen Akte hinzuzufügen. Dies kann insbesondere der Fall sein, wenn eine elektronische Verfahrensakte auf Grund einer Beschwerde vorzulegen ist, die Zuleitung der elektronischen Ermittlungs- oder Strafakte an die Generalstaatsanwaltschaft zu erfolgen hat, bei Abgabe der Bewährungsüberwachung an ein anderes Gericht, nach Vorlage eines Strafverfahrens gemäß den §§ 209 Absatz 2 und 225a Absatz 1 der Strafprozessordnung oder wenn ein Antrag beziehungsweise eine Anregung im Rahmen der richterlichen Bereitschaftsdienstes aus einem elektronischen Ermittlungsvorgang heraus gestellt wird.

(4) Werden elektronisch geführte Akten zu einer in Papierform geführten führenden Akte verbunden, sind die elektronischen Akten in die Papierform zu übertragen und die Akte ist insgesamt in der Papierform weiterzuführen. Bei Vorliegen eines hinreichenden Grundes kann die in Papierform geführte Akte in die elektronische Form übertragen werden. Der Papierakteanteil ist im Wege des ersetzenden Scannens zu digitalisieren. Ein hinreichender Grund im Sinne von Satz 2 ist für die Staatsanwaltschaft insbesondere dann gegeben, wenn zum Zeitpunkt der Verbindung eine Rücksendung der Akten an diejenige Polizeidienststelle, die noch keine elektronischen Akten führt, mit hinreichender Sicherheit auszuschließen ist. Satz 3 gilt entsprechend, wenn eine

in Papierform geführte Akte einer führenden elektronischen Akte hinzuverbunden wird.

(5) In Strafsachen sind die §§ 2 bis 4 der Bundesstrafaktenführungsverordnung vom 9. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2140) entsprechend anzuwenden. Für die elektronische Aktenführung in Bußgeldverfahren sind für die Gerichte, Staatsanwaltschaften und Verwaltungsbehörden, die als Bußgeldbehörden tätig sind, die §§ 2 bis 5 der Bundesbußgeldaktenführungsverordnung vom 8. Januar 2020 (BGBl. I S. 63) entsprechend anzuwenden.

(6) In Strafsachen finden die §§ 6 sowie 7 Absatz 2 und 3 keine Anwendung. § 7 Absatz 1 Satz 2 findet mit der Maßgabe Anwendung, dass auch die in Papierform geführten Akten anderer Staatsanwaltschaften umfasst sind.“

4. In § 9 Satz 1 werden nach dem Wort „Gerichte“ die Wörter „oder Staatsanwaltschaften“ eingefügt.

5. Die Anlage 1 wird wie folgt geändert:

- a) Der Überschrift der Spalte „Gericht“ werden die Wörter „oder Staatsanwaltschaft“ angefügt.
- b) Folgende Nummer 42 wird angefügt:

„42.“	Staatsanwaltschaft Zwickau“.
-------	------------------------------

Artikel 2 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Dresden, den 6. Juni 2023

Die Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung
Katja Meier

Achte Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Änderung der Zuständigkeitsübertragungsverordnung Justiz

Vom 18. Juni 2023

Auf Grund

- des § 7 Absatz 5 Satz 2 des Betreuungsorganisationsgesetzes vom 4. Mai 2021 (BGBl. I S. 882, 917),
- des § 8 Absatz 4 Satz 2 in Verbindung mit Satz 1 des Vormünder- und Betreuervergütungsgesetzes vom 4. Mai 2021 (BGBl. I S. 882, 925),
- des § 292 Absatz 6 Satz 4 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2587), der durch Artikel 8 Nummer 24 des Gesetzes vom 4. Mai 2021 (BGBl. I S. 882) neu gefasst worden ist, sowie
- des § 122 Absatz 3 Satz 2 in Verbindung mit Satz 1 und des § 140 Absatz 2 Satz 2 in Verbindung mit Satz 1 des Markengesetzes vom 25. Oktober 1994 (BGBl. I S. 3082; 1995 I S. 156; 1996 I S. 682), von denen § 122 Absatz 3 Satz 1 und 2 zuletzt durch Artikel 5 Nummer 14 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3490) geändert worden ist,

verordnet die Staatsregierung:

Artikel 1 Änderung

der Zuständigkeitsübertragungsverordnung Justiz

§ 1 der Zuständigkeitsübertragungsverordnung Justiz in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Oktober 2014

Dresden, den 18. Juni 2023

Der Ministerpräsident
Michael Kretschmer

Die Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung
Katja Meier

(SächsGVBl. S. 673), die zuletzt durch die Verordnung vom 30. August 2022 (SächsGVBl. S. 506) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Nummer 8 wird wie folgt gefasst:
 - „8. die Ermächtigungen nach
 - a) § 7 Absatz 5 Satz 1 des Betreuungsorganisationsgesetzes und
 - b) § 8 Absatz 4 Satz 1 des Vormünder- und Betreuervergütungsgesetzes;“.
2. In Nummer 16 wird die Angabe „§ 292 Abs. 2 Satz 1“ durch die Angabe „§ 292 Absatz 6 Satz 1“ ersetzt.
3. Nummer 31 wird wie folgt gefasst:
 - „31. die Ermächtigungen nach § 122 Absatz 3 Satz 1 und § 140 Absatz 2 Satz 1 des Markengesetzes;“.

Artikel 2 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

**Verordnung
des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus
über ergänzende Zuweisungen zur Ausstattung der Lehrkräfte
mit mobilen Endgeräten zum dienstlichen Gebrauch
(Lehrkräfte-Endgeräte-Ergänzungs-Förderverordnung –
LehrkräfteEndErgänzFöVO)**

Vom 15. Juni 2023

Auf Grund des § 3b Absatz 2 Satz 3 des Sächsischen Schulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. September 2018 (SächsGVBl. S. 648) verordnet das Staatsministerium für Kultus im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen:

§ 1

Zweck- und Begriffsbestimmung

Nach Maßgabe dieser Verordnung werden pauschalisierte zweckgebundene Zuweisungen gewährt für die Erstausstattung von Lehrkräften mit mobilen Endgeräten gemäß § 4 der Sächsischen Lehr- und Lernmittelverordnung vom 19. Juni 2017 (SächsGVBl. S. 371), die durch Verordnung vom 15. Juni 2023 (SächsGVBl. S. 428) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, soweit die Lehrkräfte nicht bereits über ein Endgerät verfügen, das nach der Lehrer-Endgeräte-Förderverordnung vom 12. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 631) gefördert worden ist.

§ 2

Zuweisungsgegenstand

- (1) Mittel werden zugewiesen für
1. die Beschaffung von mobilen Endgeräten und des für deren Nutzung zwingend erforderlichen Zubehörs, insbesondere Software, Adapter, externe Speichermedien und Eingabegeräte, einschließlich deren Ersteinrichtung; körperliche Einschränkungen der auszustattenden Lehrkraft, die besonderes Zubehör erfordern, sind zu berücksichtigen,
 2. Personal- und Sachausgaben des Schulträgers in den Haushaltsjahren 2023 und 2024, soweit diese jeweils für die Administration und den Support der beschafften Endgeräte nach Nummer 1 anfallen.

(2) Nicht zuweisungsfähig sind Ausgaben für Drucker, Scanner und sonstige für den Einsatz nicht erforderliche Zusatzgeräte.

§ 3

Zuweisungsempfänger

- Zuweisungen können gewährt werden an
1. Gemeinden, Landkreise und kommunale Zweckverbände als öffentliche Schulträger gemäß § 3 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 des Sächsischen Schulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. September 2018 (SächsGVBl. S. 648), das zuletzt durch das Gesetz vom 2. Februar 2023 (SächsGVBl. S. 62) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
 2. Träger genehmigter Ersatzschulen, die bezuschusst werden gemäß § 13 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft vom 8. Juli 2015

(SächsGVBl. S. 434), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,

3. Träger staatlich anerkannter internationaler Schulen.

§ 4

Zuweisungsvoraussetzungen

(1) Bei der Beschaffung sind die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten. Zuweisungsempfänger nach § 3 Nummer 2 und 3 haben ab einer Gesamtzuweisung von 100 000 Euro bei einer Beschaffung mit einem Volumen von über 5 000 Euro ohne Umsatzsteuer je drei vergleichbare Angebote einzuholen und den Zuschlag dem wirtschaftlichsten Angebot zu erteilen. § 127 Absatz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juni 2013 (BGBl. I S. 1750, 3245), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19. Juli 2022 (BGBl. I S. 1214) geändert worden ist, gilt entsprechend in der jeweils geltenden Fassung.

(2) Eine Zuweisung erfolgt nur für Beschaffungen, deren Beauftragung nicht vor dem 1. Januar 2023 ausgelöst worden ist.

§ 5

Art und Höhe der Zuweisung

(1) Die Höhe der Zuweisung beträgt 100 Prozent der zuweisungsfähigen Ausgaben.

(2) Zuweisungen werden nur bis zur Höhe des Schulträgerbudgets gewährt. Das Schulträgerbudget bestimmt sich nach dem Verhältnis der noch nicht mit aus Mitteln der Lehrer-Endgeräte-Förderverordnung finanzierten Endgeräten ausgestatteten Lehrkräfte eines Schulträgers gemäß § 3 zur Gesamtzahl dieser Lehrkräfte im Freistaat Sachsen, multipliziert mit den für Zuweisungen nach dieser Verordnung insgesamt vorgesehenen Haushaltsmitteln gemäß Haushaltsplan.

(3) Die Anzahl der Lehrkräfte nach Absatz 2 Satz 2 umfasst voll- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte und wird auf Grund der amtlichen Schulstatistik für das Schuljahr 2022/2023 ermittelt.

(4) Die Bewilligungsstelle macht die Schulträgerbudgets im Internet unter der Adresse www.sab.sachsen.de bis zum 31. Juli 2023 bekannt.

(5) Als zuweisungsfähige Ausgaben werden im Rahmen des Verwendungsnachweises pro mobilem Endgerät maximal 820 Euro für Ausgaben nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 und 120 Euro pro Haushaltsjahr und mobilem Endgerät für Ausgaben nach § 2 Absatz 1 Nummer 2 anerkannt.

(6) Werden Zuweisungen zurückgezahlt oder nicht vollständig in Anspruch genommen, kann die Bewilligungsstelle aus diesen Mitteln an andere Schulträger ergänzende Zuweisungen über das Schulträgerbudget gemäß Absatz 2 hinaus gewähren. Sie kann dabei die angezeigten Mehrbedarfe entsprechend der Reihenfolge des Eingangs der angezeigten Mehrbedarfe berücksichtigen. Im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Kultus können auch andere sachliche Kriterien für die Verteilung entsprechender Restmittel herangezogen werden. Die Verfahrensweise nach den Sätzen 2 und 3 gilt entsprechend, wenn zusätzliche Haushaltsmittel bereitgestellt werden.

§ 6

Antragsverfahren und Auszahlung

(1) Bewilligungsstelle ist die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – gemäß § 2 Absatz 1 Satz 3 Nummer 8 des Gesetzes zur Errichtung der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – vom 19. Juni 2003 (SächsGVBl. S. 161), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 28. Juni 2018 (SächsGVBl. S. 430) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung.

(2) Anträge sind bis zum 30. September 2023 bei der Bewilligungsstelle elektronisch einzureichen.

(3) Die Bewilligungsstelle setzt die Zuweisung fest und zahlt diese wie folgt aus:

1. 80 Prozent der Zuweisung mit Erlass des Bewilligungsbescheides,
2. 20 Prozent der Zuweisung nach Prüfung des Verwendungsnachweises, soweit sich daraus keine Beanstandungen ergeben und keine Rückforderungen geltend gemacht werden.

(4) Der Zuweisungsempfänger ist verpflichtet, unverzüglich der Bewilligungsstelle anzuzeigen, wenn

1. das bewilligte Schulträgerbudget voraussichtlich nicht vollständig für zuweisungsfähige Ausgaben verwendet werden kann,
2. sich für die Bewilligung der Zuweisung maßgebliche Umstände ändern oder wegfallen,
3. ein Insolvenzverfahren gegen ihn beantragt wird,
4. sich seine Anschrift, Unternehmensstruktur, Gesellschaftsstruktur oder Rechtsform ändert.

Dresden, den 15. Juni 2023

Der Staatsminister für Kultus
Christian Piwarz

§ 7

Verwendungsnachweis

(1) Die Zuweisungsempfänger legen der Bewilligungsstelle zum 31. März 2025 einen Verwendungsnachweis in elektronischer Form vor.

(2) Mit Vorlage des Verwendungsnachweises bestätigen die Zuweisungsempfänger die Einhaltung der Lehr- und Lernmittelverordnung.

(3) Der Verwendungsnachweis besteht aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis. Im Sachbericht sind die Verwendung der Mittel und das erzielte Ergebnis darzustellen sowie die Anzahl der beschafften mobilen Endgeräte zu erklären. Der zahlenmäßige Nachweis besteht aus einer summarischen Darstellung der Einnahmen und Ausgaben entsprechend der Gliederung des Finanzierungsplans.

(4) Die Zuweisungsempfänger nach § 3 Nummer 2 und 3 haben zusätzlich eine Belegliste vorzulegen, in der die Ausgaben in zeitlicher Reihenfolge und voneinander getrennt auszuweisen sind. Rechnungs- und Zahlungsdatum, Zahlungsempfänger sowie Grund und Einzelbetrag jeder Zahlung sind anzugeben.

(5) Eine Doppelförderung ist ausgeschlossen. Ausgaben nach dieser Verordnung sind rechnungsseitig von aus Mitteln des Bundes, des Landes oder der Europäischen Union geförderten Ausgaben abzugrenzen. Insbesondere dürfen die geltend gemachten Ausgaben nicht bereits Gegenstand einer Förderung nach der Lehrer-Endgeräte-Förderverordnung oder der IT-Administrations-Förderverordnung vom 12. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 629) sein.

(6) Zuweisungen, für die kein Nachweis der Verwendung erbracht werden kann, sind zurückzuzahlen.

§ 8

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 30. Juni 2025 außer Kraft.

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zu Änderungen der Klassenbildung

Vom 15. Juni 2023

Auf Grund des § 4a Absatz 2 Satz 3 und 4 sowie des § 62 Absatz 1 des Sächsischen Schulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. September 2018 (SächsGVBl. S. 648) verordnet das Staatsministerium für Kultus:

Artikel 1 Änderung der Sächsischen Klassenbildungsverordnung

Die Sächsische Klassenbildungsverordnung vom 7. Juli 2017 (SächsGVBl. S. 387), die zuletzt durch die Verordnung vom 25. April 2022 (SächsGVBl. S. 289) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Absatz 4 werden nach dem Wort „Förderschulen“ die Wörter „und LRS-Klassen im Sinne des § 15 Absatz 1 Satz 1 der Schulordnung Grundschulen vom 3. August 2004 (SächsGVBl. S. 312), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 22. Juni 2021 (SächsGVBl. S. 713)

geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,“ eingefügt.

2. § 4 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Absätze 1 und 2 werden aufgehoben.
 - b) In Absatz 3 wird die Absatzbezeichnung „(3)“ gestrichen und die Angabe „2023“ durch die Angabe „2024“ ersetzt.
3. In Abschnitt 1 der Anlage wird in der Zeile „Grundschule/Gemeinschaftsschule Primarstufe“ die Angabe „Klassenstufen 1 und 2, Regelklasse“ und die Angabe „25“ gestrichen.

Artikel 2 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. August 2023 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Schulintegrationsverordnung vom 3. August 2004 (SächsGVBl. S. 350, 416) außer Kraft.

Dresden, den 15. Juni 2023

Der Staatsminister für Kultus
Christian Piwarz

Erste Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der Sächsischen Lernmittelverordnung

Vom 15. Juni 2023

Auf Grund des § 23 Absatz 4 und des § 38 Absatz 4 des Schulgesetzes für den Freistaat Sachsen in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. September 2018 (SächsGVBl. S. 648) verordnet das Staatsministerium für Kultus:

Artikel 1

Änderung der Sächsischen Lernmittelverordnung

Die Sächsische Lernmittelverordnung vom 19. Juni 2017 (SächsGVBl. S. 371) wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift werden nach dem Wort „von“ die Wörter „Lehr- und“ eingefügt und das Wort „Lernmittelverordnung“ wird durch die Wörter „Lehr- und Lernmittelverordnung“ ersetzt.
2. In § 1 Absatz 1 Nummer 3 und Absatz 2 werden jeweils die Wörter „für die Hand des Schülers“ gestrichen.
3. Die folgenden §§ 4 und 5 werden angefügt:

„§ 4

Mobile Endgeräte für Lehrkräfte

(1) Schulträger sind verpflichtet, jeder Lehrkraft ein mobiles Endgerät und das für deren Nutzung erforderliche Zubehör als Lehrmittel im Sinne des § 23 Absatz 2 Satz 1 des Sächsischen Schulgesetzes leihweise zu überlassen. Voraussetzung ist, dass die Lehrkraft über einen Lehrauftrag von insgesamt mindestens 6 Unterrichtsstunden verfügt und voraussichtlich mindestens ein Schulhalbjahr an der Schule tätig ist. Das Leihverhältnis endet spätestens mit Beendigung der Lehrfähigkeit. Das mobile Endgerät darf für alle dienstlichen Aufgaben der Lehrkraft verwendet werden.

(2) Die Ausstattung erfolgt grundsätzlich an der Stammschule. Wird die Lehrkraft für die Dauer von mindestens einem Schulhalbjahr an einer anderen Schule überwiegend tätig, so erfolgt die Ausstattung an dieser. Wird die Lehrkraft für einen kürzeren Zeitraum oder nicht überwiegend an einer anderen Schule tätig, so verbleibt die Ausstattungspflicht beim Träger der Stammschule. Ist für die Lehrkraft keine Stammschule zu ermitteln, erfolgt die Ausstattung an der Schule, an der die Lehrkraft überwiegend tätig ist, bei gleichen Anteilen an der Schule, an der der erste Einsatz erfolgt.

(3) Die Ausstattungspflicht nach Absatz 1 Satz 1 gilt auch für Studienreferendarinnen und Studienreferendare für die Zeit des Vorbereitungsdienstes. Für Studienreferendarinnen und Studienreferendare gilt die verantwortliche Ausbildungsschule als Stammschule im Sinne von Absatz 2 Satz 1.

(4) Abweichungen von Absatz 2 Satz 2 bis 4 und Absatz 3 Satz 2 sind durch Vereinbarung der betroffenen Schulträger im Benehmen mit der Lehrkraft oder der Studienreferendarin oder des Studienreferendars möglich.

(5) Mobile Endgeräte sind Laptops, Notebooks, Tablets und Convertibles. Der Schulträger soll bei der Auswahl der zu beschaffenden Endgeräte ein eventuell bestehendes Medienbildungskonzept der jeweiligen Schule berücksichtigen.

(6) Die mobilen Endgeräte sind vom Schulträger auf dem allgemeinen Stand der Informationstechnologie zu halten, zu warten und zu administrieren. Dabei ist die Empfehlung zur Ausgestaltung der technischen Unterstützung für die pädagogisch genutzte Informationstechnik in Schulen zu beachten. Das Staatsministerium für Kultus kann im Benehmen mit dem Sächsischen Städte- und Gemeindetag e.V. und dem Sächsischen Landkreistag e.V. verbindliche Mindestanforderungen festlegen.

(7) Die Schulträger sorgen dafür, dass das Endgerät an allen Schulen, an der die Lehrkraft tätig ist, vollumfänglich verwendet werden kann, soweit dies im Hinblick auf die unterschiedlichen technischen Systeme möglich ist. Sie führen hierzu die notwendigen Abstimmungen durch und richten insbesondere alle notwendigen Berechtigungen ein.

(8) Sofern das Staatsministerium für Kultus im Einvernehmen mit dem Lehrer-Hauptpersonalrat und nach Anhörung des Sächsischen Städte- und Gemeindetags e.V. und des Sächsischen Landkreistags e.V. einheitliche Ausleih- und Nutzungsbedingungen festgelegt hat, sind diese dem Leihverhältnis zwischen Schulträger und Lehrkraft oder Studienreferendarin oder Studienreferendar zugrunde zu legen.

§ 5

Außerkräfttreten

§ 4 tritt am 1. Januar 2025 außer Kraft.“

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Dresden, den 15. Juni 2023

Der Staatsminister für Kultus
Christian Piwarz

Dritte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der Sächsischen Ganztagsangebotsverordnung

Vom 19. Juni 2023

Auf Grund des § 16a Absatz 3 Satz 1 Nummer 1, 3 und 6 des Sächsischen Schulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. September 2018 (SächsGVBl. S. 648) verordnet das Staatsministerium für Kultus im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen:

Artikel 1 Änderung der Sächsischen Ganztagsangebotsverordnung

Die Sächsische Ganztagsangebotsverordnung vom 17. Januar 2017 (SächsGVBl. S. 9), die zuletzt durch die Verordnung vom 21. Dezember 2021 (SächsGVBl. 2022 S. 12) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Absatz 2 Satz 2 werden vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
2. § 5 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 3 werden die Wörter „jeden Schüler mit Ausnahme der“ durch die Wörter „jede Schülerin und jeden Schüler mit Ausnahme der Schülerinnen und“ ersetzt.
 - b) In Absatz 4 werden die Wörter „jeden Schüler einer Förderschule und für“ durch die Wörter „jede Schülerin und jeden Schüler einer Förderschule sowie für jede Schülerin und“ ersetzt.
3. § 9 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 werden vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
 - b) In Absatz 4 Satz 3 werden die Wörter „jeden Schüler mit Ausnahme der“ durch die Wörter „jede Schülerin und jeden Schüler mit Ausnahme der Schülerinnen und“ ersetzt.
- c) In Absatz 6 Satz 3 und 5 werden jeweils vor dem Wort „Schüler“ die Wörter „Schülerinnen und“ eingefügt.
- d) Folgender Absatz 8 wird angefügt:

„(8) Abweichend von Absatz 6 Satz 1 wird für die Schuljahre 2023/2024 und 2024/2025 der Anteil der Verteilungsmasse für die Schulen in öffentlicher Trägerschaft um einen Betrag in Höhe von 20 Prozent verringert. Dieser Betrag soll allgemeinbildenden Schulen in öffentlicher Trägerschaft unmittelbar ausgereicht werden, um im Rahmen von Ganztagsangeboten nachteilige Folgen der teilweisen Schulschließungen für die Bildungsbiographien der Schülerinnen und Schüler abzumildern.“

Artikel 2 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2023 in Kraft.

Dresden, den 19. Juni 2023

Der Staatsminister für Kultus
Christian Piwarz

**Verordnung
des Sächsischen Staatsministeriums
für Wissenschaft, Kultur und Tourismus
über die Festsetzung von Zulassungszahlen an den Universitäten und
Fachhochschulen – Hochschulen für angewandte
Wissenschaften im Studienjahr 2023/2024
(Sächsische Zulassungszahlenverordnung 2023/2024 –
SächsZZVO 2023/2024)**

Vom 14. Juni 2023

Auf Grund des § 2 Absatz 1 und des § 5 Absatz 1 des Sächsischen Hochschulzulassungsgesetzes vom 7. Juni 1993 (SächsGVBl. S. 462), die zuletzt durch Artikel 1 Nummer 2 und 8 des Gesetzes vom 18. März 2020 (SächsGVBl. S. 90) geändert worden sind, verordnet das Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus nach Anhörung der Hochschulen:

§ 1

**Zulassungszahlen für Studienanfängerinnen
und Studienanfänger**

(1) Für das Studienjahr 2023/2024 ergeben sich aus Anlage 1 für die dort genannten Studiengänge die Zulassungszahlen für Studienanfängerinnen und Studienanfänger.

(2) Studienanfängerinnen und Studienanfänger werden nur zum Wintersemester (WS) 2023/2024 aufgenommen. Abweichend von Satz 1 werden Studienanfängerinnen und Studienanfänger an der Universität Leipzig im Masterstudiengang Kulturwissenschaften und an der Technischen Universität Dresden im Masterstudiengang Betriebswirtschaftslehre auch zum Sommersemester (SS) 2024 aufgenommen. Abweichend von den Sätzen 1 und 2 werden Studienanfängerinnen und Studienanfänger an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden – Hochschule für angewandte Wissenschaften in den Masterstudiengängen Design: Products and Interactions¹, International Management², Management mittelständischer Unternehmen und Wirtschaftsingenieurwesen, an der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig – Hochschule für angewandte Wissenschaften in den Masterstudiengängen Bibliotheks- und Informationswissenschaften, Druck- und Verpackungstechnik sowie Medienmanagement und an der Hochschule Mittweida – Hochschule für angewandte Wissenschaften im Bachelorstudiengang Soziale Arbeit und im berufsbegleitenden

den Bachelorstudiengang Soziale Arbeit ausschließlich zum SS 2024 aufgenommen.

§ 2

**Zulassungsbegrenzungen für Bewerberinnen
und Bewerber, die nicht Studienanfängerinnen
oder Studienanfänger sind**

(1) Für die in den Anlagen 1 und 2 bezeichneten Studiengänge werden für das WS 2023/2024 und das SS 2024 auch Zulassungsbegrenzungen für Bewerberinnen und Bewerber, die nicht Studienanfängerinnen oder Studienanfänger sind, festgesetzt (Auffüllgrenzen).

(2) Für die in Anlage 2 genannten Studiengänge gelten die dort genannten Auffüllgrenzen. Im Übrigen bestehen Auffüllgrenzen jeweils in Höhe der in Anlage 1 festgelegten Zulassungszahlen für Studienanfängerinnen und Studienanfänger.

(3) Bewerberinnen und Bewerber, die nicht Studienanfängerinnen oder Studienanfänger sind, werden zum Weiterstudium ab dem zweiten Fachsemester nur in dem Maße neu aufgenommen, wie die Zahl der Studierenden des jeweiligen Fachsemesters oder klinischen Semesters und des diesem vorausgehenden Fachsemesters oder klinischen Semesters zusammen unter der Auffüllgrenze liegt.

§ 3

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 15. Juli 2023 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Sächsische Zulassungszahlenverordnung 2022/2023 vom 21. Juni 2022 (SächsGVBl. S. 411) außer Kraft.

Dresden, den 14. Juni 2023

Der Staatsminister für Wissenschaft, Kultur und Tourismus
Sebastian Gernkow

¹ Design: Produkte und Interaktionen

² Internationales Management

Anlage 1

(zu § 1 Absatz 1, § 2 Absatz 1 und 2 Satz 2)

Zulassungszahlen für Studienanfängerinnen und Studienanfänger

Studiengänge		Vergabe*	Anzahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger
I. Universität Leipzig			
1.	Amerikastudien (American Studies) (Bachelor)	2	51
2.	Anglistik (Bachelor)	2	48
3.	Betriebswirtschaftslehre ³ (Master)	2	118
4.	Biochemie (Bachelor)	2	55
5.	Biochemie (Master)	2	45
6.	Biodiversity, Ecology and Evolution ⁴ (Master)	2	20
7.	Bioinformatik (Master)	2	12
8.	Biologie (Bachelor)	2	62
9.	Biologie (Master)	2	30
10.	Communication Management ⁵ (Master)	2	30
11.	Deutsch als Fremdsprache: Estudios interculturales de lengua, literatura y cultura alemanas ⁶ der Universität Leipzig und der Universidad de Guadalajara/ Mexiko (Master)	2	6
12.	Deutsch als Fremdsprache: Estudos interculturais de lingua, literatura e cultura alemãs ⁶ der Universität Leipzig und der Universidade Federal do Paraná/ Brasilien (Master)	2	4
13.	Deutsch als Fremdsprache im arabisch-deutschen Kontext (Ain-Schams-Universität Kairo/Ägypten) (Master)	2	5
14.	Deutsch als Fremd- und Zweitsprache im vietnamesisch-deutschen Kontext der Universität Leipzig und der Universität Hanoi/Vietnam (Master)	2	3
15.	Digital Humanities ⁷ (Bachelor)	2	45
16.	Early Childhood Research ⁸ (Master)	2	20
17.	Earth System Data Science and Remote Sensing ⁹ (Master)	2	30
18.	Ethnologie (Bachelor)	2	35
19.	European Financial Markets and Institutions ¹⁰ (Master)	2	10
20.	European Studies ¹¹ (Master)	2	15
21.	Fachübersetzen Arabisch-Deutsch (Master)	2	5
22.	Geographie (Bachelor)	2	57
23.	Germanistik (Bachelor)	2	76
24.	Global Studies (Master)	2	35
25.	Informatik (Bachelor)	2	150
26.	Japanologie (Bachelor)	2	35
27.	Journalismus (Master)	2	20
28.	Kommunikations- und Medienwissenschaft (Bachelor)	2	104
29.	Kommunikations- und Medienwissenschaft (Master)	2	47
30.	Kulturwissenschaften (Bachelor)	2	60
31.	Kulturwissenschaften (Master)	2	35 (WS 2023/2024) 15 (SS 2024)
32.	Kunstgeschichte (Bachelor)	2	44
33.	Lehramt an Grundschulen (Staatsprüfung)	2	280

* 1 = Vergabe durch die Stiftung für Hochschulzulassung, 2 = Vergabe durch Hochschule

³ Management Science⁴ Biodiversität, Ökologie und Evolution⁵ Kommunikationsmanagement⁶ Deutsch als Fremdsprache: Interkulturelle Studien der deutschen Sprache, Literatur und Kultur⁷ Digitale Geisteswissenschaften⁸ Frühkindliche Entwicklungsforschung⁹ Erdsystemdatenwissenschaft und Fernerkundung¹⁰ Europäische Finanzmärkte und Institutionen¹¹ Europastudien

	Studiengänge	Vergabe*	Anzahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger
34.	Höheres Lehramt an Gymnasien (Staatsprüfung); davon im Fach	2	485
	a) Biologie	2	50 Studienplätze
	b) Deutsch	2	135 Studienplätze
	c) Englisch	2	120 Studienplätze
	d) Ethik/Philosophie	2	48 Studienplätze
	e) Französisch	2	38 Studienplätze
	f) Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft	2	37 Studienplätze
	g) Geschichte	2	75 Studienplätze
	h) Mathematik	2	135 Studienplätze
	i) Spanisch	2	39 Studienplätze
	j) Sport	2	95 Studienplätze
35.	Lehramt an Oberschulen (Staatsprüfung); davon im Fach	2	415
	a) Biologie	2	50 Studienplätze
	b) Englisch	2	120 Studienplätze
	c) Ethik/Philosophie	2	49 Studienplätze
	d) Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung	2	36 Studienplätze
	e) Sport	2	95 Studienplätze
	f) Wirtschaft-Technik-Haushalt/Soziales	2	30 Studienplätze
36.	Lehramt Sonderpädagogik (Staatsprüfung); davon im Fach	2	220
	a) Biologie	2	5 Studienplätze
	b) Deutsch	2	50 Studienplätze
	c) Englisch	2	19 Studienplätze
	d) Ethik/Philosophie	2	12 Studienplätze
	e) Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung	2	171 Studienplätze
	f) Förderschwerpunkt geistige Entwicklung	2	70 Studienplätze
	g) Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung	2	70 Studienplätze
	h) Förderschwerpunkt Lernen	2	174 Studienplätze
	i) Förderschwerpunkt Sprache	2	71 Studienplätze
	j) Geschichte	2	15 Studienplätze
	k) Grundschuldidaktik	2	90 Studienplätze
	l) Mathematik	2	30 Studienplätze
	m) Sport	2	8 Studienplätze
	n) Wirtschaft-Technik-Haushalt/Soziales	2	10 Studienplätze
37.	Lehramtserweiterungsfächer		
	a) Deutsch	2	5 Studienplätze
	b) Deutsch als Zweitsprache	2	70 Studienplätze
	c) Englisch	2	5 Studienplätze
	d) Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft	2	5 Studienplätze
	e) Sport	2	5 Studienplätze
38.	Medizin (Staatsprüfung)	1	340
39.	Pharmazie (Staatsprüfung)	1	50
40.	Philosophie (Bachelor)	2	71
41.	Politikwissenschaft (Bachelor)	2	66
42.	Politikwissenschaft (Master)	2	30
43.	Professionalisierung frühkindlicher Bildung (Master)	2	30
44.	Psychologie (Bachelor)	2	63
45.	Psychologie mit dem Schwerpunkt Arbeit, Bildung und Gesellschaft (Master)	2	30
46.	Psychologie mit dem Schwerpunkt Gehirn und Verhalten (Master)	2	20
47.	Psychologie mit dem Schwerpunkt Klinische Psychologie und Psychotherapie (Master)	2	44
48.	Rechtswissenschaft (Staatsprüfung)	2	750
49.	Soziologie (Bachelor)	2	98
50.	Sport and Exercise Psychology ¹² (Master)	2	20
51.	Sportmanagement (Bachelor)	2	24

* 1 = Vergabe durch die Stiftung für Hochschulzulassung, 2 = Vergabe durch Hochschule

¹² Sport- und Trainingspsychologie

Studiengänge		Vergabe*	Anzahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger
52.	Sportmanagement (Master)	2	24
53.	Sportwissenschaft (Bachelor)	2	81
54.	Sportwissenschaft: Diagnostik und Intervention im Leistungssport (Master)	2	29
55.	Sportwissenschaft: Rehabilitation und Prävention (Master)	2	30
56.	Theaterwissenschaft transdisziplinär (Bachelor)	2	60
57.	Veterinärmedizin (Staatsprüfung)	1	134
58.	Volkswirtschaftslehre (Master)	2	30
59.	Wirtschaftsinformatik (Bachelor)	2	60
60.	Wirtschaftspädagogik (Master)	2	15
61.	Wirtschafts- und Sozialgeographie mit dem Schwerpunkt Städtische Räume (Master)	2	20
62.	Wirtschaftswissenschaften (Bachelor)	2	225
63.	Zahnmedizin (Staatsprüfung)	1	53

II. Technische Universität Dresden

1.	Architektur (Diplom)	2	110
2.	Betriebswirtschaftslehre (Master)	2	75 (WS 2023/2024) 25 (SS 2024)
3.	Biochemistry ¹³ (Master)	2	20
4.	Biomedizinische Technik (Diplom)	2	100
5.	Forstwissenschaften (Bachelor)	2	125
6.	Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften (Bachelor) mit den Fächern:		
	a) Medienforschung	2	70
	b) Architekturwissenschaften	2	10
7.	Geographie (Bachelor)	2	30
8.	Hebammenkunde (Bachelor)	2	25
9.	Internationale Beziehungen (Bachelor)	2	35
10.	Internationale Beziehungen (Master)	2	30
11.	Landschaftsarchitektur (Bachelor)	2	45
12.	Landschaftsarchitektur (Master)	2	40
13.	Lebensmittelchemie (Staatsprüfung)	2	45
14.	Lehramt an berufsbildenden Schulen (Staatsprüfung) mit den Fächern:		
	a) Biologie	2	10 Studienplätze
	b) Gesundheit und Pflege	2	75 Studienplätze
	c) Sozialpädagogik	2	50 Studienplätze
15.	Lehramt an Grundschulen (Staatsprüfung)	2	165
16.	Lehramt an Gymnasien (Staatsprüfung) mit den Fächern:		
	a) Biologie	2	25 Studienplätze
	b) Chemie	2	20 Studienplätze
	c) Deutsch	2	70 Studienplätze
	d) Ethik/Philosophie	2	35 Studienplätze
	e) Gemeinschaftskunde/Rechterziehung/Wirtschaft	2	45 Studienplätze
	f) Geographie	2	65 Studienplätze
17.	Lehramt an Oberschulen (Staatsprüfung) mit den Fächern:		
	a) Biologie	2	25 Studienplätze
	b) Geographie	2	65 Studienplätze
18.	Medical Radiation Science ¹⁴ (Master)	2	12
19.	Medizin (Staatsprüfung)	1	225
20.	Modellstudiengang Humanmedizin (Staatsprüfung)	1	50
21.	Molekulare Biologie und Biotechnologie (Bachelor)	2	105
22.	Psychologie (Bachelor)	2	120
23.	Psychologie: Cognitive-Affective Neuroscience ¹⁵ (Master)	2	40
24.	Psychologie: Human Performance in Socio-Technical Systems ¹⁶ (Master)	2	60

* 1 = Vergabe durch die Stiftung für Hochschulzulassung, 2 = Vergabe durch Hochschule

¹³ Biochemie

¹⁴ Medizinphysik – Anwendung ionisierender Strahlung in der Medizin

¹⁵ Psychologie: Kognitiv-Affektive Neurowissenschaften

¹⁶ Psychologie: Menschliche Leistungen in Sozio-Technischen Systemen

	Studiengänge	Vergabe*	Anzahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger
25.	Psychologie mit Schwerpunkt Klinische Psychologie und Psychotherapie (Master)	2	60
26.	Raumentwicklung und Naturressourcenmanagement (Master)	2	30
27.	Sozialpädagogik, Sozialarbeit und Wohlfahrtswissenschaften (Bachelor)	2	55
28.	Wirtschaftsinformatik (Diplom)	2	60
29.	Wirtschaftsingenieurwesen (Diplom)	2	120
30.	Wirtschaftspädagogik (Bachelor)	2	40
31.	Wirtschaftswissenschaften (Bachelor)	2	140
32.	Zahnmedizin (Staatsprüfung)	1	56

III. Technische Universität Chemnitz

1.	Lehramt an Grundschulen (Staatsprüfung)	2	150
2.	Medienkommunikation (Bachelor)	2	65
3.	Pädagogik (Bachelor)	2	95
4.	Präventions-, Rehabilitations- und Fitnesssport (Bachelor)	2	60
5.	Psychologie (Bachelor)	2	90
6.	Psychologie (Master)	2	60
7.	Psychologie mit Schwerpunkt Klinische Psychologie und Psychotherapie (Master)	2	60

IV. Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden – Hochschule für angewandte Wissenschaften

1.	Angewandte Robotik (Master)	2	15
2.	Betriebswirtschaft (Bachelor)	2	85
3.	Design: Products and Interactions ¹ (Master)	2	14 (SS 2024)
4.	Design: Produkt und Kommunikation (Bachelor)	2	36
5.	Environmental Engineering ¹⁷ (Master)	2	20
6.	Gartenbau (Bachelor)	2	45
7.	German Business Culture and International Management (Master) ¹⁸	2	20
8.	International Business ¹⁹ (Bachelor)	2	45
9.	International Management ² (Master)	2	30 (SS 2024)
10.	Management mittelständischer Unternehmen (Master)	2	30 (SS 2024)
11.	Medieninformatik (Bachelor)	2	48
12.	Umweltmonitoring (Bachelor)	2	45
13.	Wirtschaftsinformatik (Bachelor)	2	48
14.	Wirtschaftsingenieurwesen (Bachelor)	2	85
15.	Wirtschaftsingenieurwesen (Master)	2	25 (SS 2024)

V. Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig – Hochschule für angewandte Wissenschaften

1.	Architektur (Bachelor)	2	73
2.	Architektur (Master)	2	35
3.	Bauingenieurwesen (Bachelor)	2	175
4.	Bauingenieurwesen (Master)	2	100
5.	Betriebswirtschaft (Bachelor)	2	80
6.	Betriebswirtschaft (Master)	2	30
7.	Bibliotheks- und Informationswissenschaften (Bachelor)	2	42
8.	Bibliotheks- und Informationswissenschaften (Master)	2	20 (SS 2024)
9.	Buch- und Medienproduktion (Bachelor)	2	43
10.	Buch- und Medienwirtschaft (Bachelor)	2	44
11.	Digitale Print-Technologien (Bachelor)	2	25
12.	Druck- und Verpackungstechnik (Master)	2	20 (SS 2024)
13.	Elektrotechnik und Informationstechnik (Bachelor)	2	101
14.	Elektrotechnik und Informationstechnik (Master)	2	50
15.	Energie-, Gebäude- und Umwelttechnik (Bachelor)	2	45
16.	Energie-, Gebäude- und Umwelttechnik (Master)	2	30

* 1 = Vergabe durch die Stiftung für Hochschulzulassung, 2 = Vergabe durch Hochschule

¹⁷ Umweltingenieurwesen¹⁸ Deutsche Geschäftskultur und Internationales Management¹⁹ Internationale Betriebswirtschaft

Studiengänge		Vergabe*	Anzahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger
17.	General Management ²⁰ (Master)	2	30
18.	Informatik (Bachelor)	2	100
19.	Informatik (Master)	2	30
20.	International Management ²¹ (Bachelor)	2	40
21.	Maschinenbau (Bachelor)	2	45
22.	Maschinenbau (Master)	2	30
23.	Medieninformatik (Bachelor)	2	50
24.	Medieninformatik (Master)	2	25
25.	Medienmanagement (Master)	2	20 (SS 2024)
26.	Medientechnik (Bachelor)	2	44
27.	Museologie (Bachelor)	2	44
28.	Publishing Management ²² (Master)	2	20
29.	Soziale Arbeit (Bachelor)	2	77
30.	Soziale Arbeit (Master)	2	25
31.	Verpackungstechnologie und Nachhaltigkeit (Bachelor)	2	25
32.	Wirtschaftsingenieurwesen (Bau) (Bachelor)	2	55
33.	Wirtschaftsingenieurwesen (Bau) (Master)	2	25
34.	Wirtschaftsingenieurwesen (Elektrotechnik) (Bachelor)	2	30
35.	Wirtschaftsingenieurwesen (Elektrotechnik) (Master)	2	15
36.	Wirtschaftsingenieurwesen (Energietechnik) (Bachelor)	2	20
37.	Wirtschaftsingenieurwesen (Maschinenbau) (Bachelor)	2	20
38.	Wirtschaftsingenieurwesen (Energie- und Maschinenbautechnik) (Master)	2	20

VI. Hochschule Mittweida – Hochschule für angewandte Wissenschaften

1.	Biotechnologie (Bachelor)	2	40
2.	Medienmanagement (Bachelor)	2	80
3.	Soziale Arbeit (Bachelor)	2	57 (SS 2024)
4.	Soziale Arbeit (berufsbegleitend) (Bachelor)	2	55 (SS 2024)
5.	Soziale Arbeit (Teilzeit) (Master)	2	16

VII. Hochschule Zittau/Görlitz – Hochschule für angewandte Wissenschaften

1.	Kindheitspädagogik (Bachelor)	2	32
2.	Kommunikationspsychologie (Bachelor)	2	32
3.	Soziale Arbeit (Bachelor)	2	98

VIII. Westsächsische Hochschule Zwickau – Hochschule für angewandte Wissenschaften

1.	Road Traffic Engineering ²³ (Master)	2	20
2.	Internet of Things and Smart Systems ²⁴ (Master)	2	35
3.	Advanced Green Engineering and Sustainable Management ²⁵ (Master)	2	20

* 1 = Vergabe durch die Stiftung für Hochschulzulassung, 2 = Vergabe durch Hochschule

²⁰ Unternehmensführung

²¹ Internationales Management

²² Verlagsmanagement

²³ Straßenverkehrstechnik

²⁴ Internet der Dinge und intelligente Systeme

²⁵ Umwelttechnologie und nachhaltiges Management

Anlage 2

(zu § 2 Absatz 1 und 2 Satz 1)

Auffüllgrenzen für bestehende Studiengänge

Semester	Auffüllgrenze
----------	---------------

I. Universität Leipzig

1. Die Auffüllgrenzen für die höheren Fachsemester und klinischen Semester des Studiengangs Medizin werden wie folgt festgesetzt:

2. Fachsemester	WS: 0	SS: 340
3. Fachsemester	WS: 336	SS: 0
4. Fachsemester	WS: 0	SS: 336
1. klinisches Semester	WS: 320	SS: 0
2. klinisches Semester	WS: 0	SS: 320
3. klinisches Semester	WS: 310	SS: 0
4. klinisches Semester	WS: 0	SS: 310
5. klinisches Semester	WS: 308	SS: 0
6. klinisches Semester	WS: 0	SS: 308

2. Die Auffüllgrenzen für die höheren Fachsemester des Studiengangs Zahnmedizin werden wie folgt festgesetzt:

2. Fachsemester	WS: 0	SS: 53
3. Fachsemester	WS: 52	SS: 0
4. Fachsemester	WS: 0	SS: 52
5. Fachsemester	WS: 51	SS: 0
6. Fachsemester	WS: 0	SS: 51
7. Fachsemester	WS: 51	SS: 0
8. Fachsemester	WS: 0	SS: 51
9. Fachsemester	WS: 48	SS: 0
10. Fachsemester	WS: 0	SS: 48

3. Die Auffüllgrenzen für die höheren Fachsemester des Studiengangs Lehramt an Gymnasien im Fach Sport werden wie folgt festgesetzt:

2. Fachsemester	WS: 0	SS: 95
3. Fachsemester	WS: 80	SS: 0
4. Fachsemester	WS: 0	SS: 75
5. Fachsemester	WS: 60	SS: 0
6. Fachsemester	WS: 0	SS: 60

4. Die Auffüllgrenzen für die höheren Fachsemester des Studiengangs Lehramt an Oberschulen im Fach Sport werden wie folgt festgesetzt:

2. Fachsemester	WS: 0	SS: 95
3. Fachsemester	WS: 80	SS: 0
4. Fachsemester	WS: 0	SS: 70
5. Fachsemester	WS: 60	SS: 0
6. Fachsemester	WS: 0	SS: 60

II. Technische Universität Dresden

1. Die Auffüllgrenzen für die höheren Fachsemester des Studiengangs Biomedizinische Technik werden wie folgt festgesetzt:

2. Fachsemester	WS: 0	SS: 100
3. Fachsemester	WS: 100	SS: 0
4. Fachsemester	WS: 0	SS: 0
5. Fachsemester	WS: 0	SS: 0
6. Fachsemester	WS: 0	SS: 0
7. Fachsemester	WS: 0	SS: 0
8. Fachsemester	WS: 0	SS: 0
9. Fachsemester	WS: 0	SS: 0

Semester	Auffüllgrenze	
10. Fachsemester	WS: 0	SS: 0

2. Die Auffüllgrenzen für die höheren Fachsemester und klinischen Semester des Studiengangs Medizin werden wie folgt festgesetzt:

2. Fachsemester	WS: 0	SS: 225
3. Fachsemester	WS: 225	SS: 0
4. Fachsemester	WS: 0	SS: 225
1. klinisches Semester	WS: 292	SS: 0
2. klinisches Semester	WS: 0	SS: 292
3. klinisches Semester	WS: 292	SS: 0
4. klinisches Semester	WS: 0	SS: 292
5. klinisches Semester	WS: 295	SS: 0
6. klinisches Semester	WS: 0	SS: 295

3. Die Auffüllgrenzen für die höheren Fachsemester des Modellstudiengangs Humanmedizin werden wie folgt festgesetzt:

2. Fachsemester	WS: 0	SS: 50
3. Fachsemester	WS: 50	SS: 0
4. Fachsemester	WS: 0	SS: 50
5. Fachsemester	WS: 50	SS: 0
6. Fachsemester	WS: 0	SS: 50
7. Fachsemester	WS: 50	SS: 0
8. Fachsemester	WS: 0	SS: 50
9. Fachsemester	WS: 0	SS: 0
10. Fachsemester	WS: 0	SS: 0

4. Die Auffüllgrenzen für die höheren Fachsemester des Studiengangs Lehramt an berufsbildenden Schulen im Fach Biologie werden wie folgt festgesetzt:

2. Fachsemester	WS: 0	SS: 10
3. Fachsemester	WS: 0	SS: 0
4. Fachsemester	WS: 0	SS: 0
5. Fachsemester	WS: 0	SS: 0
6. Fachsemester	WS: 0	SS: 0
7. Fachsemester	WS: 0	SS: 0
8. Fachsemester	WS: 0	SS: 0
9. Fachsemester	WS: 0	SS: 0
10. Fachsemester	WS: 0	SS: 0

5. Die Auffüllgrenzen für die höheren Fachsemester des Studiengangs Lehramt an Gymnasien im Fach Biologie werden wie folgt festgesetzt:

2. Fachsemester	WS: 0	SS: 25
3. Fachsemester	WS: 0	SS: 0
4. Fachsemester	WS: 0	SS: 0
5. Fachsemester	WS: 0	SS: 0
6. Fachsemester	WS: 0	SS: 0
7. Fachsemester	WS: 0	SS: 0
8. Fachsemester	WS: 0	SS: 0
9. Fachsemester	WS: 0	SS: 0
10. Fachsemester	WS: 0	SS: 0

6. Die Auffüllgrenzen für die höheren Fachsemester des Studiengangs Lehramt an Oberschulen im Fach Biologie werden wie folgt festgesetzt:

2. Fachsemester	WS: 0	SS: 25
3. Fachsemester	WS: 0	SS: 0
4. Fachsemester	WS: 0	SS: 0
5. Fachsemester	WS: 0	SS: 0
6. Fachsemester	WS: 0	SS: 0
7. Fachsemester	WS: 0	SS: 0
8. Fachsemester	WS: 0	SS: 0
9. Fachsemester	WS: 0	SS: 0

Semester	Auffüllgrenze
----------	---------------

III. Technische Universität Chemnitz

1. Die Auffüllgrenzen für die höheren Fachsemester des Studiengangs Erweiterungsfach Deutsch als Zweitsprache für das Lehramt an Grundschulen werden wie folgt festgesetzt:

2. Fachsemester	WS: 0	SS: 20
3. Fachsemester	WS: 20	SS: 0
4. Fachsemester	WS: 0	SS: 20
5. Fachsemester	WS: 20	SS: 0
6. Fachsemester	WS: 0	SS: 20
7. Fachsemester	WS: 20	SS: 0
8. Fachsemester	WS: 0	SS: 20

2. Die Auffüllgrenzen für die höheren Fachsemester des Studiengangs Pädagogik (Bachelor) werden wie folgt festgesetzt:

2. Fachsemester	WS: 0	SS: 95
3. Fachsemester	WS: 95	SS: 0
4. Fachsemester	WS: 0	SS: 95
5. Fachsemester	WS: 92	SS: 0
6. Fachsemester	WS: 0	SS: 92

3. Die Auffüllgrenzen für die höheren Fachsemester des Studiengangs Medienkommunikation (Bachelor) werden wie folgt festgesetzt:

2. Fachsemester	WS: 0	SS: 65
3. Fachsemester	WS: 60	SS: 0
4. Fachsemester	WS: 0	SS: 60
5. Fachsemester	WS: 60	SS: 0
6. Fachsemester	WS: 0	SS: 60

4. Die Auffüllgrenzen für die höheren Fachsemester des Studiengangs Lehramt an Grundschulen werden wie folgt festgesetzt:

2. Fachsemester	WS: 0	SS: 150
3. Fachsemester	WS: 150	SS: 0
4. Fachsemester	WS: 0	SS: 150
5. Fachsemester	WS: 150	SS: 0
6. Fachsemester	WS: 0	SS: 150
7. Fachsemester	WS: 128	SS: 0
8. Fachsemester	WS: 0	SS: 128

Fünfte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus zur Änderung der Sächsischen Studienplatzvergabeverordnung

Vom 26. Juni 2023

- Auf Grund
- des § 12 Absatz 1 Satz 1 und 2 in Verbindung mit Satz 5 und 6 des Sächsischen Hochschulzulassungsgesetzes vom 7. Juni 1993 (SächsGVBl. S. 462), von denen Satz 1 durch das Gesetz vom 18. März 2020 (SächsGVBl. S. 90) sowie Satz 2 und 5 zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 31. Mai 2023 (SächsGVBl. S. 329) geändert worden sind, nach Anhörung der Hochschulen und im Hinblick auf die Regelungen nach § 12 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 und 7 im Benehmen mit dem Staatsministerium für Kultus sowie
 - des Artikels 12 Absatz 1 Nummer 4 und 10 des Staatsvertrags über die Hochschulzulassung vom 4. April 2019 (SächsGVBl. S. 589) in Verbindung mit Artikel 1 des Gesetzes zum Staatsvertrag über die Hochschulzulassung vom 19. Juli 2019 (SächsGVBl. S. 588) und § 1 des Sächsischen Hochschulzulassungsgesetzes vom 7. Juni 1993 (SächsGVBl. S. 462), der zuletzt durch das Gesetz vom 18. März 2020 (SächsGVBl. S. 90) geändert worden ist,
- verordnet das Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus:

Artikel 1 Änderung der Sächsischen Studienplatzvergabeverordnung

Die Sächsische Studienplatzvergabeverordnung vom 15. Juni 2020 (SächsGVBl. S. 300), die zuletzt durch die Verordnung vom 9. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 657) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Die Angabe zu § 23 wird gestrichen.
 - b) Die Angaben zu den §§ 24 bis 47 werden die Angaben zu den §§ 23 bis 46.
2. Nach § 4 Absatz 1 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt: „Für die Registrierung kann auch das Bund-ID-Konto verwendet werden, das auf dem Internet-Portal „id.bund.de“ des Bundesministeriums des Innern und für Heimat erstellt werden kann.“
3. § 5 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt: „(3) Die Hochschulen können für Studiengänge, die aus mehreren Teilstudiengängen oder Studienfächern bestehen, durch Ordnung festlegen, wie viele der miteinander kombinierbaren Teilstudiengänge oder Studienfächer in einem Zulassungsantrag im Sinne von Absatz 1 genannt werden dürfen. Für die Teilstudiengänge oder Studienfächer gilt Absatz 2 entsprechend.“
 - b) Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden die Absätze 4 und 5.
 - c) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 6 und in Satz 1 Nummer 2 sowie in Satz 3 wird jeweils die Angabe „Absatz 4“ durch die Angabe „Absatz 5“ ersetzt.
- d) Der bisherige Absatz 6 wird Absatz 7 und in Satz 11 wird die Angabe „§ 44“ durch die Angabe „§ 43“ ersetzt.
- e) Der bisherige Absatz 7 wird Absatz 8 und in Satz 5 werden die Wörter „Absätzen 4 bis 6“ durch die Wörter „Absätzen 5 bis 7“ ersetzt.
4. § 6 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 3 Satz 3 wird aufgehoben.
 - b) In Absatz 5 Satz 1 werden die Wörter „nach Absatz 3 Satz 3 gewählt“ gestrichen.
5. In § 9 Absatz 1 Satz 4 werden die Wörter „§ 5 Absatz 4 bis 6“ durch die Wörter „§ 5 Absatz 5 bis 7“ ersetzt.
6. In § 22 Absatz 4 Satz 1 wird die Angabe „§ 5 Absatz 7“ durch die Angabe „§ 5 Absatz 8“ ersetzt.
7. § 23 wird aufgehoben.
8. Die §§ 24 bis 28 werden die §§ 23 bis 27.
9. § 29 wird § 28 und in Absatz 1 wird die Angabe „§ 31“ durch die Angabe „§ 30“ ersetzt.
10. § 30 wird § 29 und in Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „§ 31“ durch die Angabe „§ 30“ ersetzt.
11. Die §§ 31 bis 36 werden die §§ 30 bis 35.
12. § 37 wird § 36 und in Absatz 1 Satz 2 wird die Angabe „§ 35“ durch die Angabe „§ 34“ ersetzt.
13. Die §§ 38 bis 40 werden die §§ 37 bis 39.
14. § 41 wird § 40 und in Absatz 2 Satz 2 wird die Angabe „§ 38“ durch die Angabe „§ 37“ ersetzt.
15. § 42 wird § 41 und wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 4 Satz 1 wird die Angabe „§ 26“ durch die Angabe „§ 25“ ersetzt.
 - b) In Absatz 5 Satz 2 wird die Angabe „§ 38“ durch die Angabe „§ 37“ ersetzt.
16. Die §§ 43 bis 45 werden die §§ 42 bis 44.
17. § 46 wird § 45 und in Absatz 2 wird die Angabe „§ 26“ durch die Angabe „§ 25“ ersetzt.
18. Die Überschrift der Anlage 2 wird wie folgt gefasst:

„Anlage 2
(zu § 16 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1, § 18 Absatz 2 Satz 2, § 34 Absatz 1, § 36 Absatz 1 Satz 1, § 38 Nummer 1, § 40 Absatz 1 Nummer 1 und § 41 Absatz 2 Nummer 2)
Ermittlung der Durchschnittsnote“.

Artikel 2
Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 15. Juli 2023 in Kraft.

Dresden, den 26. Juni 2023

Der Staatsminister für Wissenschaft, Kultur und Tourismus
Sebastian Gemkow

Dritte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Änderung der Sächsischen Schifffahrtsverordnung¹⁾

Vom 13. Juni 2023

Auf Grund des § 17 Absatz 3 des Sächsischen Wassergesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503) verordnet das Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft sowie dem Staatsministerium des Innern:

Artikel 1

Änderung der Sächsischen Schifffahrtsverordnung

Die Sächsische Schifffahrtsverordnung vom 12. März 2004 (SächsGVBl. S. 123), die zuletzt durch die Verordnung vom 7. August 2014 (SächsGVBl. S. 459) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nummer 2 wird wie folgt gefasst:
 - „2. die Binnenschiffpersonalverordnung vom 26. November 2021 (BGBl. I S. 4982, 5204), die zuletzt durch Artikel 3 der Verordnung vom 5. April 2023 (BGBl. 2023 II Nr. 105) geändert worden ist,“.
 - bb) Nummer 6 wird wie folgt gefasst:
 - „6. die Sportbootführerscheinverordnung vom 3. Mai 2017 (BGBl. I S. 1016, 4043), die zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 14. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 73) geändert worden ist,“.
 - cc) Nummer 9 wird wie folgt gefasst:
 - „9. die Binnenschiffsuntersuchungsordnung vom 21. September 2018 (BGBl. I S. 1398, 2032), die zuletzt durch Artikel 6 der Verordnung vom 5. April 2023 (BGBl. 2023 II Nr. 105) geändert worden ist,“.
 - b) In Absatz 4 Satz 1 Satzteil nach Nummer 3 werden nach dem Wort „Sachverständiger“ die Wörter „oder eine technische Sachverständige“ eingefügt.
2. In § 3 werden die Wörter „Der Schiffsführer, Aufsichtspflichtige oder Mitglieder der Besatzung sowie deren Vertreter“ durch die Wörter „Der Schiffsführer oder die Schiffsführerin, der oder die Aufsichtspflichtige oder

Mitglieder der Besatzung sowie deren Vertreter und Vertreterinnen“ ersetzt.

3. § 6 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Nummer 1 werden die Wörter „der für das Befahren von Bundeswasserstraßen der Zone 4 Binnenschifferpatentverordnung vorgeschriebenen oder anerkannten Fahrerlaubnis“ durch die Wörter „eines Befähigungszeugnisses oder Unionsbefähigungszeugnisses nach der Binnenschiffspersonalverordnung“ ersetzt.
 - b) In Absatz 3 Satz 2 werden nach dem Wort „Schiffsführer“ die Wörter „oder die Schiffsführerin“ eingefügt.
4. In § 14 Absatz 3 Satz 2 werden nach dem Wort „Unternehmers“ die Wörter „oder der Unternehmerin“ und nach dem Wort „Benutzer“ die Wörter „und Benutzerinnen“ eingefügt.
5. In § 15 Absatz 2 wird das Wort „Vorschriftendieser“ durch die Wörter „Vorschriften dieser“ ersetzt.
6. § 16 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Nummer 5 wird die Angabe „§ 25 BinSchPatentV“ durch die Wörter „§ 120 der Binnenschiffpersonalverordnung“, die Angabe „§ 13 SportbootFüV-Bin“ durch die Wörter „§ 18 der Sportbootführerscheinverordnung“ und die Angabe „§ 17 BinSchUO“ durch die Wörter „§ 36 der Binnenschiffsuntersuchungsordnung“ ersetzt.
 - b) In den Absätzen 2 und 3 werden jeweils im Satzteil vor Nummer 1 nach dem Wort „Schiffsführer“ die Wörter „oder Schiffsführerin“ eingefügt.
 - c) In Absatz 4 Nummer 2 werden die Wörter „der nicht Inhaber“ durch die Wörter „der nicht Inhaber oder die nicht Inhaberin“ ersetzt.

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

Dresden, den 13. Juni 2023

Der Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Martin Dulig

¹⁾ Diese Verordnung dient der Umsetzung

1. der Richtlinie (EU) 2017/2397 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen in der Binnenschifffahrt und zur Aufhebung der Richtlinien 91/672/EWG und 96/50/EG des Rates (ABl. L 345 vom 27.12.2017, S. 53), die zuletzt durch die Delegierte Verordnung (EU) 2022/184 vom 22.11.2021 (ABl. L 30 vom 11.02.2022, S. 3) geändert worden ist, sowie
2. der Delegierten Richtlinie (EU) 2020/12 der Kommission vom 2. August 2019 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2017/2397 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Standards für Befähigungen und entsprechende Kenntnisse und Fertigkeiten, für praktische Prüfungen, für die Zulassung von Simulatoren und für die medizinische Tauglichkeit (ABl. L 6 vom 10.01.2020, S. 15).

**Fünfte Verordnung
des Sächsischen Staatsministeriums
für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
zur Änderung der Schwangerschafts- und
Schwangerschaftskonfliktberatungsstellenförderverordnung**

Vom 8. Juni 2023

Auf Grund des § 7 Absatz 1 Satz 1 und 2 Nummer 3 des Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Schwangerschaftskonfliktgesetz vom 13. Juni 2008 (SächsGVBl. S. 330) verordnet das Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen:

Artikel 1

Änderung der Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellenförderverordnung

§ 4 der Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellenförderverordnung vom 23. Dezember 2008 (SächsGVBl. 2009 S. 15), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 13. Juli 2021 (SächsGVBl. S. 789) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 wird die Angabe „74 000“ durch die Angabe „80 500“ ersetzt.
 - b) In Satz 2 wird die Angabe „maximal 14 000“ durch die Angabe „16 000“ ersetzt.

2. Absatz 3 wird aufgehoben.

Artikel 2

Weitere Änderung der Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellenförderverordnung

In § 4 Absatz 1 Satz 1 der Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellenförderverordnung vom 23. Dezember 2008 (SächsGVBl. 2009 S. 15), die zuletzt durch Artikel 1 dieser Verordnung geändert worden ist, wird die Angabe „80 500“ durch die Angabe „82 300“ ersetzt.

**Artikel 3
Inkrafttreten**

- (1) Artikel 1 tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2023 in Kraft.

- (2) Artikel 2 tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

Dresden, den 8. Juni 2023

Die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Petra Köpping

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Ludwig-Hartmann-Straße 40
01277 Dresden
Telefon: 0351 4 85 26 0
Telefax: 0351 4 85 26 61
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH, Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

30. Juni 2023

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Gesetz- und Verordnungsblattes beträgt 87,64 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 21,35 Euro Postversand) bzw. 61,83 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 6,53 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Ludwig-Hartmann-Str. 40, 01277 Dresden
ZKZ 73796, PVSt +4, Deutsche Post 